

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisdorfer 33.
Besuchstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
incl. Frachtlohn 5 Rthl.
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 30 Pf.
u. d. Postförderung 45 Pf.
Jahreszeit 48 Pf. Courantzeit 20 Pf.
Größere Schriften laut unfernen
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsbrett
die Spalte 40 Pf.
Zusätze sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abdruck wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerum
oder durch Postnachschuß.

№ 212.

Dienstag den 31. Juli 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit §. 46 des Einkommensteuergesetzes vom 22. December 1874 werden alle Beitragspflichtigen, welchen die Beschrift über das Einschlagsvergehen sowie die von ihnen zu entrichtende Steuer nicht hat bekräftigt werden können, hierdurch aufgefordert, zur Kenntnisaufnahme der Einschlagung und zur Empfangnahme des betreffenden Einkommensteuer-Ausweises bei der Stadt-Steuer-Einnahme abhier — Ritterstraße 15, Georgenballe, 2 Treppen links — ungesäumt sich zu melden.
Kaschermend werden diese Beitragspflichtigen
— auf §. 49 d. Ges., wonach die Reclamationen gegen die Einschlagung bei Vermeidung der Aufschlüsselung binnen 3 Wochen von Beendigung der erwähnten Beschrift, für diejenigen aber, welchen solche nicht hat bekräftigt werden können, binnen 3 Wochen von Erlass gegenwärtiger Bekanntmachung bei der Königl. Bezugs-Steuer-Einnahme hier schriftlich einzubringen sind, ingleichen
— auf §. 31 d. Kass. Verordn., wonach der Reclamationsschrift die Zufertigung über das Ergebnis der Einschlagung im Original beizulegen, insbesondere auch die Wohnung, welche Reclamant bei Unterzeichnung der Reclamationsschrift inne hat, speciell anzugeben ist
aufmerksam gemacht.
Leipzig, den 13. Juli 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Taube.

Gartenplätze-Verpachtung.

Von der unterhalb des ehemaligen Exercirplatzes bei Soblis zwischen der alten Sandgrube und der Pleiße gelegenen, der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Parzelle Nr. 2090 der Stadtkarte, auf welcher bereits Pachtgärten sich befinden, sollen noch weitere 9 Abtheilungen und zwar
Nr. 1. von 218 □ Meter — 2,36 Gartenruthen (zu 5 □ R.)
• 16-20 von je 501 „ — 5,42 „
• 27-29 „ 553 „ — 6,00 „
Flächengehalt zur Verpachtung von Gärten auf die 5 Jahre 1878 bis mit 1882 an die Reichsrentenamt verpachtet werden und wird hierzu Versteigerungstermin auf
Montag, den 6. August d. J., Vormittags 10 Uhr
im großen Saale der Alten Waage, Rathhausstraße Nr. 2, 2. Stockwerk, anberaumt.
Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen nebst einem Situationsplane liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection im alten Johannisbospital zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, am 24. Juli 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trublin. Geratti.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen das Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitätsbibliothek werden diejenigen Herren Studierenden, welche Bücher aus derselben entlehnt haben, aufgefordert, diese während der Zeit vom 30. Juli bis 1. August gegen Barzahlung der Empfangsbescheinigungen abzuliefern. Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben von A—H anfangen, am 30. Juli, die, deren Namen mit I—R beginnen, am 31. Juli und die Uebrigten am 1. August abliefern.
Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher am 6. 7. oder 8. August zurückzugeben.
Während der Revisionszeit kann eine Ausleiherung von Büchern nicht stattfinden. Ebenso wird während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.
Leipzig, den 26. Juli 1877.
Die Direction der Universitätsbibliothek.
Dr. Rechl.

Die sächsische Regierung und ihre Pressorgane.

Die sächsische Gemüthslichkeit ist im ganzen deutschen Reich bekannt, ebenso das dieselbe, zumal auf politischem Gebiete, die seltsamsten Blätter getrieben hat, nicht zum Heile des sächsischen Volkes. Nirgends manifestirt sich dieselbe aber schlagender, als auf dem Gebiete der Presse. Die sächsische Redaction hat die Ehre, ein Blatt zu besitzen, das sich „geru“ das geleseste im Königreich Sachsen nennt. Und nicht mit Unrecht, denn Jedermann kennt es und obgleich er den sehr oft zweideutigen, ja selbst schmutzigen Inhalt desselben perhorrescirt, ist er doch auf dasselbe abonnirt. Die „Dresdner Nachrichten“ muß man schon haben“, lautet die Antwort auf eine Frage nach dieser seltsamen Erscheinung, „denn aus ihnen kann man am Besten erfahren, wie in Dresden der Wind weht!“ Man ist aber notwendig, daß genanntes Blatt in politischer Hinsicht die reine Wetterfahne repräsentirt; die Redaction der mit „Politisches“ überschriebenen Premiers einer einzigen Woche genügt zur Erklärung dieser Behauptung und es ist für die sächsische Regierung nichts weniger als schmeichelhaft, daß man im Volke ihre Ansichten, Absichten und Meinungen über die oder jene Tagesfrage aus den Laboraten der „Dresdner Nachrichten“ herausdestillirt.
Der Hauptgrund dieser Erscheinung liegt darin, daß genanntes Blatt sehr oft aus „hochstehenden Kreisen“ Mittheilungen über die eine oder die andere öffentliche Angelegenheit bringt, die freilich ebenso oft später dementirt werden, als sich bewahrheiten. Zur Ehre der Regierung darf zwar angenommen werden, daß derartige Mittheilungen nicht einen offiziellen Charakter tragen, wenn auch auf der andern Seite feststeht, daß kein hochstehender Beamter ohne Wissen seines Chefs solche journalistischen Experimente à la Minister West glücklichen Angedenkens machen wird. Ferner mag auch keineswegs der Werth verkannt werden, den derartige Manipulationen insofern haben, als die Regierung dadurch Gelegenheit hat, über die oder jene Sache unbemerkt einen Fährten auszustreuen; indess dürfte dann doch dazu auch ein reichlicheres Blatt in Dresden mit Leichtigkeit gefunden werden können.
Und wozu bewilligt denn der Landtag die seitens

der Regierung alljährlich zur Unterhaltung der beiden Regierungsblätter und namentlich des „Dresdner Journal“ geforderten Geldmittel? Daß das Königreich Sachsen noch zwei Blätter mehr habe? Sicher nicht, sondern lediglich damit die Regierung sich darin frank und frei über ihre Absichten und Vorlesungen in der einen oder anderen Angelegenheit äußern könne. In der Regel geschieht dies aber erst, nachdem die liberalen sächsischen Zeitungen in jedem einzelnen Falle dies gefordert und zudem möglichst spät, wie denn das alte bequeme „Nur immer langsam voran!“ überhaupt bei den Redactionen des „Dresd. J.“ wie der „Leipz. Z.“ die Lösung zu sein scheint, für die heutige Tagespresse der vornehmste Standpunkt, den es überhaupt geben kann. Aus eigener Initiative bringen die beiden Blätter wohl kaum einmal einen orientirenden Artikel oder Raisonnement über die oder jene sächsische Tagesfrage. Erst wenn aus den Ministerien etwas Derartiges für und fertig gefandt wird, geht man es pflichtschuldigst in die Druckerei. Letzteres ist freilich viel bequemer und auch gar nicht so gefährlich, wie die erstere Façon redactioneller Thätigkeit. Das sächsische Volk hat aber ein Recht, zu verlangen, daß die Organe der Regierung keine Karthäuser-Rolle spielen, sondern allgemein interessirende Angelegenheiten ventiliren und die Maßnahmen der Regierung kundgeben. Den einzelnen Redactoren ist natürlich nicht zuzumuthen, daß sie die ganze sächsische Tagespresse studiren, daraus die öffentliche Meinung in den verschiedenen Angelegenheiten kennen lernen und sich dann durch den Mund des „Dresd. J.“ äußern, aber von den Redactionen derselben angehörenden Herren darf und muß verlangt werden, daß sie nicht, wie dies jetzt meist geschieht, in dieser Richtung in der Presse anstehende Wünsche vornehm ignoriren, sondern davon Notiz nehmen, sie zur Kenntniz der Behörden bringen, bei diesen Informationen in den betr. Fragen einzuleben und darüber berichten. Das ist ihre Pflicht und Schuldigkeit und in dieser Weise muß unsere offizielle sächsische Presse geleitet werden, wenn die Regierung nicht fortwährend in seltsamen Verdacht und in den Ruf kommen will, noch immer die alte Schanzelpolitik zu treiben und über der strikten Beobachtung der bürokratischen Gepflogenheiten und der Pflege der allhergebrachten Pöppe die jetzige Zeit und die dieselbe bewegenden Fragen nicht gebührend zu berücksichtigen. Je

offener, ehrlicher, rückhaltloser die Regierung sich äußert, um so eher lösen sich die Meinungen und einigen sich die Gutgefunten; die jezt insolge des Schweigens unsrer offiziellen Blätter stets herrschende Unklarheit und Unsicherheit über die eine oder andere öffentliche Sache ist weder der Regierung sonderlich günstig, noch erleichtert sie der Presse ihre Aufgabe, die Minister von Rostiz-Ballwinig einmals so schön dahin präcisirte: sie besetze darin, der Wahrheit zu dienen. — ch.

Leipzig, 30. Juli.

„Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!“ Das fällt uns immer wieder ein, wenn wir an unser Verhältnis zu Frankreich denken. Auf dieses fällt soeben ein neues, warnendes Licht durch die Mittheilung eines schweizerischen Blattes. Der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird nämlich über die von den Franzosen in letzter Zeit nahe an der Schweizer Grenze erbaute Festungen folgendes mitgeteilt: Zwischen Montbelliard und dem bei Damont nach Frankreich hinüberragenden St. Schwyzgebirge sind etwa vier Befestigungen errichtet worden, wovon namentlich zwei die Schweiz interessiren, die auf dem Pomont, der Fortsetzung des zwischen dem Prantzerland und Delbergenthal gelegenen schweizerischen Gebirges, stehen, rechts und links von der über das genannte Gebirge von Damont über Pierre Fontaine und Montecrozier nach St. Hippolyte führenden Straße. Diejenige rechts befindet sich ungefähr 4 Kilometer, diejenige links circa 8 Kilometer von der Schweizergrenze entfernt. Obgleich noch nicht vollendet, sind diese Werke bereits mit mehr als 3000 Mann besetzt und mit etwa 100 Geschützen armirt; die Bollwerkswälle werden mit großem Eifer betrieben. Ihre Bedeutung scheint zunächst darin zu bestehen, die genannte Straße Damont-St. Hippolyte über den Pomont und die Straße von Prantzer über Pierre Fontaine nach Pont de Noire und die von Koblen nach Damont führenden Wege zu beherrschen und so den Vorwärtsschritt einer feindlichen Truppe durch das Delsitz von Pont de Noire und von da gegen Besancon oder Fontenay zu hindern. Im Anfang des Jahres 1871 spielte diese Straße eine ziemlich wichtige Rolle, indem der preussische General Deschamps auf derselben vorrückte. Es könnte aber auch mit Hülfe dieser Festungen ein Durchmarsch über das Schweizergebirge gegen Basel erleichtert werden; jedenfalls werden wir, sagt die „N. Z. Z.“, unsere Grenze in jener Gegend weder besetzen noch verteidigen können, falls unsere Neutralität verletzt werden sollte; die Geschäfte der französischen Festungen würden nicht erlangen, unsere zunächst der Grenze stehenden Truppen zurückzutreiben. Auch der mögliche Fall einer Belagerung dieser Festungen dürfte für das so nahe gelegene Schweizergebirge schwere Nachteile mit sich führen. Dies dürfte ungefähr die Bedeutung dieser Festungen für die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität sein; der Gegenstand hat mit Recht die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf sich gezogen. — So denkt man in der Schweiz über die friedlichen Absichten der Franzosen. „Werden endlich (fragt die „Post“) Demen die Augen aufgehen, welche nicht müde werden, uns zu verächtlichen, als trübten wir das Wasser und malten Gesahren an die Hand, welche gar nicht vorhanden sind, wenn wir vor blindem Vertrauen auf die Friedensbestimmungen Frankreich warnen?“ Wir können diese Frage nur unterschreiben.

Die Orientkrisis steht vor einem neuen und ernstern Wendepunkte. In Wien beginnt man sich für die Frage ins Auge zu fassen, ob nicht der Moment zu einem entscheideneren Vortreten Oesterreichs gekommen sei. Die offizielle Wiener „Montagsrevue“ schreibt: Der österreichische Finanzminister von Frels, der Ministerpräsident v. Tliza, der ungarische Finanzminister v. Szeil sind nach Wien berufen worden, um mit dem Fürsten v. Knerberg, dem Grafen Andrássy, dem Reichsfinanzminister v. Posmann und dem Reichskriegsminister Graf Döblin-Weidyt an einem Ministerrathe Theil zu nehmen, welcher die Frage erörtern soll, ob nicht der Augenblick gekommen sei, aus der bisherigen Passivität herauszutreten und durch eine wenigstens theilweise Mobilisirung der Armee die militärische Bewegung Oesterreich-Ungarns heranzustellen (!). Graf Andrássy, welcher diesen Schritt für notwendig erachte (!), denke dabei nicht an eine Abänderung der österreichischen Politik, welche nur auf die Wahrung der Interessen der Monarchie Bedacht nehme. Die Kammerheit Widdat Pascha's hierseits hängt in keiner Weise mit den bevorstehenden Maßnahmen zusammen. Die österreichische Politik weise jeden Gedanken an eine Besetzung von Balkanprovinzen zurück, könne aber niemals zugeben, daß eine neue Ord-

nung der Dinge ohne ihr Zutun oder gegen die von ihr geltend gemachten Interessen geschaffen werde.

Dagegen kommt gleichzeitig über die Stellung Italiens zur Kriegfrage eine völlig beruhigende Nachricht. Wie der „Courrier d'Italie“ meldet, hat die italienische Regierung in den letzten Tagen den Großmächten die ausdrückliche Versicherung ihrer friedlichen Absichten gegeben und erklärt, sie sei fest entschlossen, von dem Programme der Neutralität nicht abzuweichen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 30. Juli.

Wie die „N. Fr. Pr.“ schreibt, wäre über die Dauer des Aufenthalts Ridhat Pascha's in Wien nichts Definitives bekannt. Gemäß sei es indessen, daß Ridhat die Reise nach Wien auf Wunsch des Sultans unternommen hätte und weitere Mittheilungen aus Konstantinopel erwartete. Die Zurückberufung Ridhat Pascha's nach Konstantinopel sei bisher noch nicht erfolgt, die Meldungen über die Abreise desselben nach London oder Brindisi seien verfrüht. Ridhat Pascha hatte wiederholt eine mehrstündige Konferenz mit dem dortigen türkischen Botschafter, Akelo Pascha. Die Wiener „Presse“ sagt unterm 28. Juli: Ridhat Pascha ist auf seiner Reise nach Konstantinopel gestern Abend hier eingetroffen, und zwar, wie es scheint, in strengem Incognito, da die türkische Botschaft erst heute von seiner Anwesenheit Kenntniß bekam. Der Ex-Beizler tritt ziemlich bescheiden auf, obwohl er aller Voraussicht nach auf dem Wege ist, in Konstantinopel wieder die erste Rolle zu spielen. Wir möchten bezweifeln, daß Abdal Hamid sich auf das Wiedersehen des Mannes freut, den er unter dem Verdachte einer Conspiration gegen seinen Thron und sein Leben hatte zu Schiff bringen lassen, und von dem man heute noch wissen will, daß er an der Wiederherstellung des inzwischen angeblich genesenen Kurad arbeite. Unter allen Umständen darf man sich nach der Ankunft Ridhat's in Konstantinopel dort wieder auf „Ereignisse“ gefaßt machen, wenn auch schwerlich auf solche, die den Dingen eine für die Türkei günstige Wendung geben würden. Die turkopelischen Blätter sind auch in der That in Verlegenheit, genau zu sagen, was sie von ihm erwarten. Die desolaten Zustände in der Armee und im Hauptquartier können von Konstantinopel aus nicht behoben werden. Die Miswirtschaft in der Verwaltung zu redressiren, ist es heute zu spät, selbst wenn sich Ridhat Pascha je hierzu mächtig gezeigt hätte. Seine Hauptleistung, die constitutionelle Romödie, hat inzwischen einen jämmerlichen Schluß genommen. Alles, was man von dem Manne erwarten kann, besteht darin, daß seine Wiederankunft den türkischen Fanatismus noch mehr entflammt, daß er in den Vernichtungskrieg auf der Balkanhalbinsel von türkischer Seite System und Methode bringt. Es ist indessen die Frage, ob die Schlachtfeldtruppe dadurch nicht gerade beschleunigt wird. Ob die Neutralen eine solche Entwicklung der Dinge ruhig an sich herankommen, ob sie eine Befähigung ihrer Nationalen dulden würden, steht nach der Kreuzung der „Provinzial-Correspondenz“ über die Entfaltung der Fahne des Propheten sehr im Zweifel. Wir haben demnach allen Grund, zu bezweifeln, daß die von den Türkenfreunden auf Ridhat Pascha gesetzten Hoffnungen in Erfüllung gehen.

Und unterm 29. Juni schreibt die „Presse“: Ridhat Pascha wird der neuesten Version zufolge vorläufig zehn bis zwölf Tage hier verweilen. Seine Installation als Großvezier scheint also noch keineswegs nahe bevorzustehen; möglich auch, daß Abdal Hamid noch in letzter Stunde sich besinnt, sein Geschick in die Hände des ihm keineswegs geneigten Staatsmannes zu legen und zu capituliren. Die Frage, ob diplomatische Einflüsse nicht ebenso sehr gegen die Rückkehr Ridhat Pascha's wie gegen die in ihrer Wirkung hiermit identische Entfaltung der Fahne des Propheten wirken, bleibt natürlich offen. (Das der Sultan unter dem täglichen Eintrude der Ereignisse sieht und auf seine Entschlüsse kein Verlaß ist, steht außer Zweifel. Man schreibt der „Vol. Corr.“ aus Konstantinopel: „Hier sind sowohl Muhammedaner wie Christen in Schreden versetzt. Während die ersteren die Kosaken fürchten, stehen den letzteren der Fanatismus und die Verzweiflung der Türken Schreden ein. Der jüngst vom Schreden Besessene ist jedoch der Sultan selbst. Wie verächtlich wird, hat derselbe eine derartige Furcht vor den Kosaken, daß er die Kreuzung seiner Residenz nach dem Palaste Bexler-Beg auf der asiatischen Küste des Bosporus beschloß, um sich näher der Straße nach Brussa zu befinden und vor unangenehmen Ueberraschungen seitens der Kosaken geschützt zu sein, die nach seiner Ansicht eines schönen Morgens in der Umgebung des in